



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
6. März 2024

Achtundsiebzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 65 a)

Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Fortschritte bei der Durchführung und internationale Unterstützung:
Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Fortschritte bei der Durchführung und internationale Unterstützung

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 26. Februar 2024

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuss (A/78/L.38)]

78/262. Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Fortschritte bei der Durchführung und internationale Unterstützung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution [57/2](#) vom 16. September 2002 über die Erklärung der Vereinten Nationen über die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution [57/7](#) vom 4. November 2002 über die abschließende Überprüfung und Bewertung der Neuen Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas in den neunziger Jahren und die Unterstützung für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas sowie alle ihre späteren Resolutionen, darunter Resolution 77/270 vom 20. Februar 2023 mit dem Titel „Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Fortschritte bei der Durchführung und internationale Unterstützung“, und Resolution 2023/13 des Wirtschafts- und Sozialrats vom 7. Juni 2023 über die sozialen Dimensionen der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas,

in Bekräftigung ihrer Resolution [70/1](#) vom 25. September 2015 „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, in der sie einen umfassenden, weitreichenden und die Menschen in den Mittelpunkt stellenden Katalog universeller und transformativer Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung verabschiedete, ihrer Verpflichtung, sich unermüdlich für die volle Umsetzung dieser Agenda bis 2030 einzusetzen, ihrer Erkenntnis, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung darstellt und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist, und ihres Bekenntnisses dazu, die nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen – in ausgewogener und integrierter Weise herbeizuführen



und auf den Erfolgen der Millenniums-Entwicklungsziele aufzubauen und danach zu streben, die noch unerledigten Aufgaben zu vollenden,

sowie in Bekräftigung ihrer Resolution 69/313 vom 27. Juli 2015 über die Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die einen integralen Bestandteil der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung darstellt, diese unterstützt und ergänzt und dazu beiträgt, die Zielvorgaben für die Umsetzungsmittel mit konkreten Politiken und Maßnahmen in einen Kontext zu setzen, und das starke politische Engagement bekräftigt, die Herausforderung der Finanzierung und der Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung auf allen Ebenen im Geiste globaler Partnerschaft und Solidarität anzugehen,

unter Hinweis darauf, dass die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung die besonderen Herausforderungen unterstreicht, denen sich die anfälligsten Länder, einschließlich afrikanischer Länder, gegenübersehen, sowie unter Hinweis darauf, dass die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika nach wie vor auf erhebliche Herausforderungen stößt und dass es wichtig ist, alle Zusagen zu erfüllen, damit auf den für die nachhaltige Entwicklung Afrikas entscheidenden Gebieten Fortschritte erzielt werden,

anerkennend, dass die Versammlung der Staats- und Regierungsoberhäupter der Afrikanischen Union auf ihrer vierundzwanzigsten ordentlichen Tagung am 30. und 31. Januar 2015 in Addis Abeba die Agenda 2063 als die politische Langzeitstrategie der Afrikanischen Union für die Entwicklung Afrikas sowie ihren ersten Zehnjahres-Umsetzungsplan (2014-2023) angenommen hat, in dem die wichtigsten Schlüsselprojekte und -programme umrissen sind, die in dem Jahrzehnt beschleunigt durchgeführt werden sollen, und in Anerkennung der Verpflichtung auf die vollinhaltliche Umsetzung der Politischen Erklärung über die Entwicklungsbedürfnisse Afrikas, die am 22. September 2008 verabschiedet wurde¹,

in Bekräftigung des Übereinkommens von Paris², allen Vertragsparteien nahelegend, das Übereinkommen vollständig durchzuführen, und den Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen³, die ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- beziehungsweise Beitrittsurkunde noch nicht hinterlegt haben, nahelegend, dies so bald wie möglich zu tun,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Vertragsparteien, die noch keine neuen oder aktualisierten national festgelegten Beiträge übermittelt haben, dies so bald wie möglich vor der sechsten Tagung der als Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris dienenden Konferenz der Vertragsparteien zu tun,

besorgt feststellend, dass die Lücke zwischen dem Bedarf der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, insbesondere aufgrund der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der zunehmenden Verschuldung, und zwischen der Unterstützung, die für ihre Anstrengungen zur Umsetzung ihrer national festgelegten Beiträge zur Verfügung gestellt und mobilisiert wird, immer größer wird, und unterstreichend, dass dieser Bedarf für die Zeit bis 2030 aktuell auf zwischen 5,8 und 5,9 Billionen US-Dollar geschätzt wird,

¹ Resolution 63/1.

² Siehe FCCC/CP/2015/10/Add.1, Beschluss 1/CP.21, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2016 II S. 1082; LGBI. 2017 Nr. 286; öBGBI. III Nr. 197/2016; AS 2017 5735.

³ United Nations, *Treaty Series*, Bd. 1771, Nr. 30822. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1993 II S. 1783; LGBI. 1995 Nr. 118; öBGBI. Nr. 414/1994; AS 1994 1052.

Kenntnis nehmend von der Erklärung von Moroni für Ozeanschutz- und Klimamaßnahmen in Afrika⁴ und *unter Hervorhebung* des gemeinsamen Ziels der afrikanischen Länder, das Potenzial ihrer Meeresressourcen zu nutzen und die Kapazitäten für die nachhaltige Bewirtschaftung dieser Ressourcen zugunsten nachhaltiger Entwicklung und Klimaresilienz auszubauen,

unter Hinweis auf die fünfzehnte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika, die vom 9. bis 20. Mai 2022 in Abidjan (Côte d'Ivoire) stattfand, und auf das Angebot der Regierung Saudi-Arabiens und der Regierung der Mongolei, die sechzehnte und siebzehnte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien 2024 beziehungsweise 2026 auszurichten,

unter Begrüßung der Politischen Erklärung von Doha⁵ und in Bekräftigung des Aktionsprogramms von Doha für die am wenigsten entwickelten Länder⁶, das eine neue Generation erneuerter und gestärkter Verpflichtungen zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern und ihren Entwicklungspartnern, darunter Regierungen, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft, darstellt, eingedenk dessen, dass viele der am wenigsten entwickelten Länder in Afrika liegen,

die Synergien *hervorhebend*, die zwischen der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, der Aktionsagenda von Addis Abeba und dem Übereinkommen von Paris, der Neuen Urbanen Agenda⁷, dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030⁸ und anderen wichtigen einschlägigen zwischenstaatlichen Ergebnissen von Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich bestehen,

unter Begrüßung der von dem hochrangigen politischen Forum über nachhaltige Entwicklung (Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung), das am 18. und 19. September 2023 unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung in New York stattfand, angenommenen Politischen Erklärung⁹ und auf rasche Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer vollinhaltlichen Umsetzung dringend,

mit großer Sorge Kenntnis nehmend von den anhaltenden vieldimensionalen Auswirkungen der Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) auf afrikanische Länder, darunter die erheblichen Auswirkungen in Bezug auf Armut, Ernährungssicherheit, Arbeitslosigkeit, Handel, Störungen in den Versorgungsketten, im Tourismus und bei den Finanzströmen, sowie von ihren sozialen Auswirkungen, darunter Gewalt gegen Frauen und Mädchen, was afrikanische Länder bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und der Agenda 2063 vor größere Herausforderungen gestellt hat, und in Anerkennung der großen Anstrengungen, die afrikanische Länder zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unternommen haben, um

⁴ Verfügbar unter www.uneca.org/eca-events/sites/default/files/resources/documents/sro-ea/blue-future-conference-2023/Declaration%20English.pdf.

⁵ *Report of the Fifth United Nations Conference on the Least Developed Countries, New York, 17 March 2022, and Doha, 5–9 March 2023 (A/CONF.219/2023/3)*, Kap. I, Resolution 2.

⁶ Resolution 76/258, Anlage.

⁷ Resolution 71/256, Anlage.

⁸ Resolution 69/283, Anlage II.

⁹ Resolution 78/1, Anlage.

Menschenleben zu retten und eine nachhaltige, inklusive und resiliente Erholung herbeizuführen,

unter Hinweis auf ihre Resolution [78/140](#) vom 19. Dezember 2023 über die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung illegaler Finanzströme und zur Stärkung bewährter Verfahren für die Rückgabe von Vermögenswerten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, zur Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern und leistungsfähige, transparente, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen, und bekräftigend, dass gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Grundfreiheiten, gleicher Zugang zu fairen Justizsystemen und eine weltweite Zusammenarbeit sowie Maßnahmen für gegenseitige Rechenschaftspflicht zur Bekämpfung der Korruption und zur Eindämmung illegaler Finanzströme fester Bestandteil unserer Anstrengungen sein werden,

unter Hinweis auf ihre Resolution [71/254](#) vom 23. Dezember 2016 über den Rahmen für eine erneuerte Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union zugunsten der Integrations- und Entwicklungsagenda Afrikas 2017-2027 und ihre Resolution [66/293](#) vom 17. September 2012, mit der sie einen Überwachungsmechanismus der Vereinten Nationen zur Überprüfung der in Bezug auf die Entwicklung Afrikas eingegangenen Verpflichtungen eingerichtet hat, und in Erwartung des sechsten zweijährlichen Berichts des Generalsekretärs über die Überprüfung der Umsetzung der für die Entwicklung Afrikas eingegangenen Verpflichtungen, der der Generalversammlung auf ihrer neunund-siebzigsten Tagung vorgelegt werden soll,

unter Begrüßung der Veranstaltungen auf hoher Ebene, die das Büro der Sonderberaterin für Afrika im Rahmen der Dialogreihe Afrika 2023 zum Thema „Markt und Größenerwägungen: Das Potenzial der Industrialisierung durch innerafrikanischen Handel erschließen“ in enger Partnerschaft mit der Kommission der Afrikanischen Union und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und afrikanischen Organisationen ausgerichtet hat,

unter Hervorhebung der wirtschaftlichen Entwicklung, einschließlich einer inklusiven industriellen Entwicklung, und der politischen Maßnahmen zur Stärkung der Produktionskapazitäten in Afrika, eingedenk dessen, dass die afrikanischen Länder die Hauptverantwortung für ihre eigene wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung tragen und dass die Rolle nationaler Politikvorgaben und Entwicklungsstrategien nicht genug betont werden kann, und unter Hinweis auf die Strategie der Afrikanischen Union für kleine und mittlere Unternehmen/Industrien und ihren Umsetzungsrahmen, die 2019 angenommen wurden,

unter Begrüßung der anhaltenden Unterstützung, die die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung für die Agenda 2063, die Afrikanische Initiative zur beschleunigten Entwicklung der Agrarwirtschaft und Agrarindustrie, den Plan zur Arzneimittelherstellung für Afrika und andere Programme der Afrikanischen Union zur weiteren Stärkung des Industrialisierungsprozesses in Afrika bereitstellt,

feststellend, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie die durch digitale Spaltungen verursachten Ungleichheiten verschärfen, insbesondere in afrikanischen Ländern, da die ärmsten und schutzbedürftigsten Menschen nicht nur am stärksten betroffen sind, sondern auch beim Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien am weitesten zurückliegen,

mit großer Besorgnis Kenntnis nehmend von den schweren negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gesundheit, die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen, den gravierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen und den verheerenden Auswirkungen auf das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen, feststellend, dass die Pandemie die ärmsten und schutzbedürftigsten Menschen am härtesten trifft, in Bekräftigung des Bestrebens, wieder Kurs auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu nehmen, indem nachhaltige und inklusive Strategien zur Überwindung der Krise entwickelt werden, die den Fortschritt in Richtung der vollständigen Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschleunigen und dazu beitragen, die Gefahr künftiger Schocks, Krisen und Pandemien zu mindern und mehr Widerstandskraft aufzubauen, unter anderem durch die Stärkung der Gesundheitssysteme und die Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung, und in der Erkenntnis, dass ein verteilungsgerechter und rascher Zugang für alle zu sicheren, hochwertigen, wirksamen und erschwinglichen COVID-19-Impfstoffen, -Heilmitteln und -Diagnostika ein unverzichtbarer Bestandteil einer weltweiten Reaktion auf der Grundlage von Einheit, Solidarität, erneuerter multilateraler Zusammenarbeit und dem Grundsatz, niemanden zurückzulassen, ist,

in Bekräftigung der Abhaltung der zwischenstaatlichen Konferenz am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) und unter Hinweis auf die Verabschiedung des auch als „Migrationspakt von Marrakesch“ bezeichneten Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration¹⁰,

sowie in Bekräftigung des Ergebnisses der zweiten Konferenz der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über die Süd-Süd-Zusammenarbeit, die vom 20. bis 22. März 2019 in Buenos Aires stattfand¹¹,

unter Begrüßung der Abhaltung des Dritten Süd-Gipfels, den die Regierung Ugandas am 21. und 22. Januar 2024 in Kampala ausrichtete, und von seinen Ergebnissen Kenntnis nehmend,

mit Anerkennung Kenntnis nehmend von der Umwandlung des Organs für Planung und Koordinierung der Neuen Partnerschaft in die Entwicklungsagentur der Afrikanischen Union gemäß dem Beschluss der Versammlung der Staats- und Regierungsoberhäupter der Afrikanischen Union, die Entwicklungsagentur der Afrikanischen Union in „Entwicklungsagentur der Afrikanischen Union/Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ umzubenennen¹²,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs über die Auflösung der Entwicklungsparadoxe in Afrika: Finanzierung, Energie und Ernährungssysteme¹³;

2. *nimmt außerdem Kenntnis* von dem zweijährlichen Bericht des Generalsekretärs über die Überprüfung der Einhaltung der Zusagen zugunsten der Entwicklung Afrikas¹⁴ und dem interaktiven Mehrparteiendialog, den der Präsident der Generalversammlung am

¹⁰ Resolution [73/195](#), Anlage.

¹¹ Resolution [73/291](#), Anlage.

¹² Siehe Beschluss Ext/Assembly/AU/Dec.1(XI) der Versammlung der Staats- und Regierungsoberhäupter der Afrikanischen Union, verabschiedet auf ihrer elften außerordentlichen Tagung am 17. und 18. November 2018 in Addis Abeba.

¹³ [A/78/309](#).

¹⁴ [A/77/908](#).

21. Juli 2023 abhielt, um die wichtigsten in dem Bericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen zu erörtern;

3. *anerkennt* die Anstrengungen der Entwicklungsagentur der Afrikanischen Union/Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas und bekräftigt in dieser Hinsicht die wesentliche Rolle des Orientierungsausschusses der Staats- und Regierungsoberhäupter der Agentur, begrüßt die von den Entwicklungspartnern unternommenen Anstrengungen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit der Agentur und unterstreicht, wie wichtig eine kohärente und abgestimmte Umsetzung der Agenda 2063 und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung¹⁵ ist, und ist sich gleichzeitig der Herausforderungen bei der Umsetzung bewusst, zu deren Überwindung noch viel zu tun ist;

4. *betont*, dass das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen weiter mit der Afrikanischen Union und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften zusammenarbeiten muss, um die afrikanischen Entwicklungsprioritäten im Einklang mit der Agenda 2030 und der Agenda 2063 der Afrikanischen Union und ihren Schlüsselprogrammen weiterzuverfolgen, die finanzielle und technische Unterstützung seitens der Vereinten Nationen im Rahmen der vorhandenen Ressourcen erfordern könnten, und dass die Einrichtungen der Vereinten Nationen im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat ihre Beziehungen zur Entwicklungsagentur der Afrikanischen Union/Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas stärken müssen;

5. *begrüßt* die Fortschritte afrikanischer Länder bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Umsetzung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas¹⁶ zur Vertiefung der Demokratie, der Menschenrechte, einer guten Regierungsführung und eines soliden Wirtschaftsmanagements und ermutigt die afrikanischen Länder, unter Beteiligung von Interessenträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und des Privatsektors, ihre Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 fortzusetzen;

6. *ermutigt* die afrikanischen Länder, die lokale und regionale Infrastruktur zu stärken und auszubauen und anerkennt gleichzeitig, wie wichtig eine nachhaltige und resiliente Urbanisierung sowie eine hochwertige, zuverlässige, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur und inländische wie ausländische Investitionen in eine nachhaltige Urbanisierung sind, und legt den Ländern nahe, auch weiterhin bewährte Vorgehensweisen auszutauschen, mit dem Ziel, die regionale und die kontinentweite Integration zu stärken, und anerkennt in diesem Zusammenhang, dass die Entwicklungspartner Afrikas ihre Anstrengungen auf die Unterstützung des Programms für die Entwicklung der Infrastruktur in Afrika ausrichten müssen;

7. *ermutigt* zu Anstrengungen, das Umfeld für Geschäftstätigkeit und Investitionen in Afrika zu verbessern und Investitionen aus allen Quellen, auch aus dem Privatsektor, insbesondere in eine hochwertige, zuverlässige, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur, anzuziehen;

8. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, zu beseitigen, für das jeweilige Land angemessene Sozialschutzsysteme und Maßnahmen für alle einzuführen, unter anderem sozialen Basisschutz, und dafür zu sorgen, dass alle schwächeren und schutzbedürftigen Menschen hinreichend abgedeckt sind;

¹⁵ Resolution 70/1.

¹⁶ A/57/304, Anlage.

9. *ermutigt* die afrikanischen Länder, mit Unterstützung durch die Entwicklungspartner Afrikas bei der Erreichung des Ziels der Ernährungssicherheit und -qualität und der Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung in Afrika durch gesunde Ernährung und nachhaltige Agrar- und Nahrungsmittelsysteme rascher voranzukommen, und erinnert an die Abhaltung des Gipfels der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen im Jahr 2021 und der Bestandaufnahme zwei Jahre nach dem Gipfel der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen, die vom 24. bis 26. Juli 2023 von der Regierung Italiens in Rom ausgerichtet wurde, und ersucht den Generalsekretär, die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und maßgeblichen Interessenträgern zu verstärken, um Ernährungssicherheit und -qualität und Resilienz auf dem Kontinent zu fördern;

10. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, ihre Unterstützung für die Umsetzung des Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft fortzusetzen, das Leitlinien für die Planung und Durchführung von Investitionsprogrammen bereitstellt, und fordert die zügige Umsetzung des Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft und seines Ergebnisrahmens, begrüßt es in dieser Hinsicht, dass die Afrikanische Entwicklungsbank eine mit 1,5 Milliarden Dollar ausgestattete Fazilität für einen afrikanischen Notstandsplan für Nahrungsmittelerzeugung aufgelegt hat, und fordert ferner die Entwicklungspartner auf, ihre im Januar 2023 auf dem Zweiten Gipfel von Dakar zu Nahrungsmitteln für Afrika: Nahrungsmittelsouveränität und Resilienz abgegebene Zusage einzuhalten und Afrika mit 30 Milliarden Dollar bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität zu unterstützen, und dankt für die von Entwicklungspartnern zur Unterstützung parallel bereitgestellten Finanzbeiträge;

11. *fordert* die internationale Gemeinschaft *außerdem auf*, die Konsultationen und den Prozess zur Weiterverfolgung der Verpflichtungserklärung von Malabo zu unterstützen, die 2025 in einem neuen Rahmen für ein Umfassendes Agrarentwicklungsprogramm für Afrika münden werden;

12. *ist weiter in großer Sorge* über die wiederkehrende Ernährungsunsicherheit und alle Formen der Fehlernährung in verschiedenen Regionen der Welt und ihre anhaltenden nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Ernährung, auch in Afrika, die durch die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels, die Volatilität auf den globalen Finanz- und Rohstoffmärkten sowie die geopolitischen Spannungen noch verschärft werden, und unterstreicht in dieser Hinsicht die dringende Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen auf allen Ebenen, um der Situation auf kohärente und wirksame Weise zu begegnen und dazu das Vorgehen an nationalen und regionalen Maßnahmenplänen auszurichten und endogene Mechanismen, einschließlich lokaler, nationaler und regionaler Reserven, umfassend zu nutzen;

13. *begrüßt* den Beschluss der Versammlung der Staats- und Regierungsoberhäupter der Afrikanischen Union, das Jahr 2023 unter das Motto „Die Umsetzung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone beschleunigen“ zu stellen, um die Umsetzung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone zugunsten der Bevölkerung Afrikas zu fördern;

14. *fordert* wirksame Maßnahmen und gezielte Investitionen, um die nationalen Gesundheitssysteme zu stärken und den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Hygiene zu gewährleisten, um Ausbrüche von Krankheiten, einschließlich der Ebola-Viruskrankheit und der Coronavirus-Krankheit (COVID-19), zu verhindern, zu bekämpfen und davor zu schützen, erkennt in dieser Hinsicht an, dass die Gesundheit von Menschen und die Gesundheit von Tieren, Pflanzen und Ökosystemen voneinander abhängen, bittet die Entwicklungspartner, die afrikanischen Länder auch künftig bei ihren An-

strengungen zur Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme zu unterstützen, die Überwachungssysteme im Gesundheitssektor auszubauen, zu stärken und aufrechtzuerhalten, mit dem Ziel, die Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005)¹⁷ umzusetzen und einzuhalten und Krankheiten zu beseitigen, und dabei das „Eine Gesundheit“-Konzept zu berücksichtigen, und fordert in diesem Zusammenhang die Entwicklungspartner auf, die Umsetzung der Afrikanischen Gesundheitsstrategie 2016-2030 und den Übergangsprozess zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung in Afrika zu unterstützen;

15. *erinnert* an die Politische Erklärung zu HIV und Aids, die in ihrer Resolution 75/284 vom 8. Juni 2021 enthalten ist, an die politische Erklärung der dritten Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten, die in ihrer Resolution 73/2 vom 10. Oktober 2018 enthalten ist, und an die Erklärung von Abuja zur Zurückdrängung der Malaria in Afrika¹⁸ sowie an die politischen Erklärungen der Tagungen auf hoher Ebene über Pandemieprävention, -vorsorge und -bekämpfung, über allgemeine Gesundheitsversorgung und über die Bekämpfung der Tuberkulose, die in ihren Resolutionen 78/3, 78/4 beziehungsweise 78/5 vom 5. Oktober 2023 enthalten sind, und fordert die entwickelten Länder, internationalen Gesundheitsfonds und anderen Entwicklungspartner auf, afrikanische Länder auch weiterhin unter anderem finanziell und technisch dabei zu unterstützen, ihre nationalen Anstrengungen zur vollen Umsetzung der von ihren Staats- und Regierungsoberhäuptern und deren Vertreterinnen und Vertretern zugesagten Maßnahmen gegebenenfalls auszuweiten;

16. *vermerkt* die beispiellosen Auswirkungen von COVID-19 auf die hart erkämpften Entwicklungsfortschritte und volkswirtschaftlichen Gewinne, begrüßt die fortgesetzten Anstrengungen führender afrikanischer Politikerinnen und Politiker zur Minderung der Risiken und Auswirkungen, die die Pandemie für die Länder und deren Bürgerinnen und Bürger bedeutet, bekundet allen Partnern und internationalen Organisationen ihre höchste Wertschätzung für ihre kontinuierliche Unterstützung der Anstrengungen des Kontinents zur Abmilderung der Auswirkungen von COVID-19, stellt fest, dass zusätzliche Unterstützung erforderlich ist, um die Auswirkungen der Pandemie zu verringern und sie zu überwinden, damit der Kontinent die Agenda 2030 und die Agenda 2063 verwirklichen kann, und um die Umsetzung der Angepassten gemeinsamen Kontinentalstrategie Afrikas für die COVID-19-Pandemie zu unterstützen, die Kapazitäten der Afrikanischen Arzneimittel-Agentur und der Afrikanischen Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention in vollem Umfang zu operationalisieren und auszubauen, auch um die Herstellung von Impfstoffen gegen COVID-19 und andere Viruserkrankungen in Afrika zu unterstützen, und fordert diesbezüglich weltweite Solidarität, insbesondere im Hinblick auf den gerechten, erschwinglichen und raschen weltweiten Zugang zu Impfstoffen, Therapeutika, Diagnostika und anderen medizinischen Produkten in Afrika, und fordert die Mitgliedstaaten und die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die kontinentweite Entwicklung und Herstellung sicherer und wirksamer Impfstoffe, Therapeutika, Diagnostika und medizinischer Produkte sowie andere einschlägige Initiativen zu unterstützen, einschließlich afrikanischer Initiativen wie die Partnerschaften für die Herstellung von Impfstoffen in Afrika und der Afrikanische Treuhandfonds für den Ankauf von Impfstoffen, und so die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nach COVID-19 zu beschleunigen;

¹⁷ World Health Organization, Dokument WHA58/2005/REC/1, Resolution 58.3, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. II 2007 S. 930, 2009 S. 275, 2016 S. 498; öBGBI. III Nr. 98/2008, Nr. 170/2016, Nr. 182/2016; SR 0.818.103.

¹⁸ Siehe A/55/240/Add.1, Anlage.

17. *ermutigt* die afrikanischen Länder, ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Bildung sowie der Fach- und Berufsausbildung fortzusetzen, und betont in dieser Hinsicht, wie wichtig es ist, ein günstiges Umfeld für Wissenschaft, Technologie und Innovation zu schaffen und dabei die Vorteile von Spitzentechnologien zu nutzen und in die Digitalisierung zu investieren, um die Vernetzung zu verbessern, und fordert alle maßgeblichen Interessenträger nachdrücklich auf, die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung der digitalen Entwicklung und geeigneter Umsetzungsmittel zu erwägen, einschließlich eines verstärkten Kapazitätsaufbaus in Entwicklungsländern, insbesondere in afrikanischen Ländern;

18. *begrüßt* den Beschluss der Versammlung der Staats- und Regierungsoberhäupter der Afrikanischen Union, das Jahr 2024 bei der Afrikanischen Union unter das Motto „Bildung“ zu stellen, und ersucht den Generalsekretär, die Dialogreihe Afrika 2024 rund um das Thema Bildung auszurichten;

19. *ermutigt* die afrikanischen Länder, im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Gegebenheiten und Entwicklungsstrategien Entwicklungspläne und -maßnahmen für die Industrialisierung auszuarbeiten und umzusetzen, um ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern;

20. *ermutigt* die afrikanischen Länder *außerdem*, die Entwicklung der digitalen Infrastruktur zu beschleunigen, die Zugänglichkeit digitaler Technologien zu verbessern und Entwicklungschancen wahrzunehmen, die mit der digitalen Wirtschaft einhergehen, um die digitale Spaltung zu überwinden;

21. *anerkennt* die wichtige Rolle, die die afrikanischen regionalen Wirtschaftsgemeinschaften in enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union bei der Wahrnehmung des Mandats der Neuen Partnerschaft, der Agenda 2063 und ihres ersten Zehnjahres-Umsetzungsplans und bei der Erarbeitung des zweiten Zehnjahres-Umsetzungsplans spielen können, und ermutigt die afrikanischen Länder und die internationale Gemeinschaft in dieser Hinsicht, den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen, um ihre Kapazitäten zu stärken;

22. *verweist erneut* auf die Notwendigkeit, afrikanische Länder beim Ausbau der Kapazitäten nationaler statistischer Ämter und Datensysteme zu unterstützen, um den Zugang zu hochwertigen, aktuellen, zuverlässigen und aufgeschlüsselten Daten sicherzustellen;

23. *ist sich dessen bewusst*, dass Afrika eine der Regionen ist, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, jedoch für dessen nachteilige Auswirkungen extrem anfällig und diesen stark ausgesetzt sind, bekundet ihre tiefe Besorgnis über die zunehmenden Herausforderungen aufgrund von Dürre, Landverödung, Wüstenbildung, Verlust der biologischen Vielfalt und Überschwemmungen und deren nachteilige Auswirkungen auf den Kampf gegen Armut, Hungersnot und Hunger und fordert die internationale Gemeinschaft, namentlich die entwickelten Länder, in dieser Hinsicht auf, Afrika auch weiterhin bei der Deckung seines Anpassungsbedarfs zu unterstützen, unter anderem durch die Entwicklung, den freiwilligen Transfer und den Einsatz von Technologien zu einvernehmlich vereinbarten Bedingungen, einschließlich Konzessions- und Vorzugsbedingungen, durch Kapazitätsaufbau und die Bereitstellung ausreichender und berechenbarer Ressourcen im Einklang mit bestehenden Zusagen, und unterstreicht, dass die jeweiligen Vertragsparteien die vereinbarten Ergebnisse nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen,

dem Übereinkommen von Paris¹⁹, dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt²⁰, dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal²¹ und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika²², einschließlich seines strategischen Rahmens 2018-2030²³, vollinhaltlich umsetzen müssen, und fordert die entwickelten Länder nachdrücklich auf, die Verpflichtung auf das Ziel, gemeinsam jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, dringend und bis Ende 2025 voll zu erfüllen, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer in Bezug auf Klimamaßnahmen, insbesondere Anpassung an den Klimawandel, im Kontext konstruktiver Maßnahmen zur Abschwächung des Klimawandels und einer transparenten Umsetzung im Einklang mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen gerecht zu werden;

24. *bekundet erneut ihre tiefe Besorgnis* über die international wie national zunehmenden illegalen Finanzströme, einschließlich derjenigen, die aus Preismanipulationen und der Ausstellung falscher Rechnungen im Handel und aus anderen illegalen Praktiken hervorgehen, betont, dass illegale Finanzströme die Verfügbarkeit wertvoller Ressourcen, auch für die Entwicklungsfinanzierung, verringern, begrüßt in dieser Hinsicht die auf der zwei- und dreißigsten Sondertagung der Generalversammlung verabschiedete politische Erklärung mit dem Titel „Unsere gemeinsame Entschlossenheit, den Herausforderungen aufgrund der Korruption wirksam zu begegnen und Maßnahmen zur Korruptionsverhütung und -bekämpfung und zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit umzusetzen“²⁴, bekräftigt die Verpflichtung, illegale Finanzströme bis 2030 erheblich zu verringern, mit dem Ziel, sie schließlich zu beseitigen, unter anderem durch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Korruption und organisierter Kriminalität durch verstärkte nationale institutionelle und politische Rahmen und internationale Zusammenarbeit im Einklang mit der Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung²⁵, und anerkennt die Notwendigkeit, bewährte Verfahren bei der Rückgabe und Wiedererlangung von Vermögenswerten zu stärken;

25. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht der Hochrangigen Gruppe für internationale finanzielle Rechenschaftspflicht, Transparenz und Integrität zur Verwirklichung der Agenda 2030²⁶, anerkennt die Wichtigkeit, die internationale Steuerzusammenarbeit auszuweiten, begrüßt die Verabschiedung der Resolution 77/244 vom 30. Dezember 2022, verweist auf die Verabschiedung der Resolution 78/230 vom 22. Dezember 2023 und nimmt

¹⁹ Angenommen nach dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in [FCCC/CP/2015/10/Add.1](#), Beschluss 1/CP.21, Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 2016 II S. 1082; LGBI. 2017 Nr. 286; öBGBI. III Nr. 197/2016; AS 2017 5735.

²⁰ United Nations, *Treaty Series*, Bd. 1760, Nr. 30619. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1993 II S. 1741; LGBI. 1998 Nr. 39; öBGBI. Nr. 213/1995; AS 1995 1408.

²¹ Angenommen auf der fünfzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Teil II), Montreal (Kanada), 7.-19. Dezember 2022.

²² United Nations, *Treaty Series*, Bd. 1954, Nr. 33480. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1997 II S. 1468; LGBI. 2000 Nr. 69; öBGBI. III Nr. 139/1997; AS 2003 788.

²³ [ICCD/COP\(13\)/21/Add.1](#), Beschluss 7/COP.13, Anlage.

²⁴ Resolution [S-32/1](#), Anlage.

²⁵ Resolution [69/313](#), Anlage.

²⁶ [A/75/810/Rev.1](#), Anlage.

außerdem Kenntnis von dem Bericht des Generalsekretärs über die Förderung einer inklusiven und wirksamen Steuerzusammenarbeit bei den Vereinten Nationen²⁷;

26. *nimmt Kenntnis* von der Erklärung von Marrakesch, die von den afrikanischen Ländern auf der Ministertagung auf hoher Ebene über die Beschleunigung der Finanzierung für den Aufschwung Afrikas am 12. Oktober 2023 am Rande der Jahrestagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Marokko verabschiedet wurde und in der eine gerechte und der Entwicklung Afrikas förderliche globale Finanzarchitektur gefordert wird;

27. *anerkennt* in dieser Hinsicht die dringende Notwendigkeit mutiger und ambitionierter Reformen zur Schaffung einer stabilen, nachhaltigen und inklusiven internationalen Finanzarchitektur und erklärt erneut, dass die internationale Finanzarchitektur, einschließlich ihrer Geschäftsmodelle und Finanzierungskapazitäten, zwecktauglicher und gerechter und stärker am Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer ausgerichtet werden muss, um die Mitsprache und Mitwirkung der Entwicklungsländer bei den internationalen wirtschaftlichen Entscheidungs- und Normsetzungsprozessen und im Rahmen der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik zu erweitern und zu stärken;

28. *legt* den multilateralen Entwicklungsbanken *eindringlich nahe*, Maßnahmen zur Mobilisierung und Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel innerhalb ihres jeweiligen Mandats voranzubringen, damit die Entwicklungsländer bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung Unterstützung finden, unterstützt die Reformbemühungen der multilateralen Entwicklungsbanken und fordert weitere greifbare Fortschritte in dieser Hinsicht, unter anderem durch die Sicherung erhöhter Zuschüsse und Finanzmittel zu Vorzugsbedingungen, eine bessere Nutzung ihrer Kapitalbasis und die Prüfung von Möglichkeiten für die jeweiligen Entscheidungsorgane der multilateralen Entwicklungsbanken, ihre Kapitalausstattung zu erhöhen, und befürwortet den Dialog zwischen den multilateralen Entwicklungsbanken und anderen Finanzinstitutionen;

29. *begrüßt* die Zuteilung von Sonderziehungsrechten in Höhe von umgerechnet 650 Milliarden Dollar am 23. August 2021, würdigt die Erreichung des Ziels der Zusage von 100 Milliarden Dollar an weitergeleiteten Sonderziehungsrechten oder gleichwertigen Beiträgen, empfiehlt die Prüfung weiterer freiwilliger Optionen im Zusammenhang mit Sonderziehungsrechten, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer, die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind, Rechnung tragen könnten, fordert die dringende freiwillige Weiterleitung von Sonderziehungsrechten an die bedürftigsten Länder, auch über die multilateralen Entwicklungsbanken, unter Achtung der jeweiligen Rechtsrahmen und Wahrung des Charakters der Sonderziehungsrechte als Reservemedium, und wird Möglichkeiten für künftige Zuteilungen von Sonderziehungsrechten prüfen, die den bedürftigsten Ländern zugutekommen;

30. *begrüßt* den Beschluss des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, die Mitsprache und Vertretung Afrikas südlich der Sahara zu verbessern und zu diesem Zweck für Afrika südlich der Sahara einen fünfundzwanzigsten Sitz im Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds einzurichten;

²⁷ [A/78/235](#).

31. *begrüßt es außerdem*, dass die Afrikanische Union auf dem am 9. und 10. September 2023 abgehaltenen Gipfel von Neu-Delhi der Gruppe der 20 als ständiges Mitglied beigetreten ist;

32. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, dringend Umsetzungsmittel (Kapazitätsaufbau, Klimafinanzierung, Technologieentwicklung und -transfer) bereitzustellen, um Wege für einen gerechten Übergang zu ebnen und die internationale Zusammenarbeit und Unterstützung für diese Wege, insbesondere für Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zu verstärken;

33. *bekräftigt*, dass die Gleichstellung der Geschlechter, die Befähigung aller Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung und die volle Verwirklichung ihrer Menschenrechte für die Herbeiführung eines dauerhaften, inklusiven und gerechten Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung unverzichtbar sind, bekräftigt die Notwendigkeit, die Geschlechterperspektive systematisch in die Formulierung und Umsetzung aller finanz-, wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Maßnahmen zu integrieren, einschließlich durch gezielte Maßnahmen und Investitionen, und verpflichtet sich erneut, eine solide Politik, durchsetzbare Rechtsvorschriften und transformative Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen auf allen Ebenen zu beschließen und zu stärken, um Frauen die gleichen Rechte, den gleichen Zugang und die gleichen Chancen zur Teilhabe und zur Übernahme von Führungsrollen in der Wirtschaft zu gewährleisten und geschlechtsbezogene Gewalt, sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch und Diskriminierung in allen ihren Formen zu beseitigen;

34. *begrüßt* die Fortschritte, die bei der Umsetzung des Afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung erzielt wurden, insbesondere die freiwillige Einhaltung des Mechanismus durch 42 afrikanische Länder und den Abschluss des Verfahrens der gegenseitigen Evaluierung in 24 Ländern, begrüßt die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Aktionsprogramme, die aus diesen Evaluierungen hervorgegangen sind, fordert die afrikanischen Staaten, die sich dem Prozess dieses Mechanismus noch nicht angeschlossen haben, nachdrücklich auf, zu erwägen, dies bis 2023 zu tun, wie im ersten Zehnjahres-Umsetzungsplan der Agenda 2063 vorgesehen, nimmt Kenntnis von dem Beschluss über seine institutionelle Reform²⁸, unterstreicht die afrikanische Eigenverantwortung für den Prozess und bittet die internationale Gemeinschaft, die afrikanischen Länder auf ihr Ersuchen hin bei ihren Anstrengungen zur Umsetzung ihres jeweiligen nationalen Aktionsprogramms zu unterstützen;

35. *stellt fest*, dass die COVID-19-Pandemie die Rahmenbedingungen für die Entwicklungsfinanzierung in Afrika verändert hat, und weist darauf hin, dass die öffentlichen Maßnahmen und die Mobilisierung und wirksame Nutzung inländischer Ressourcen, getragen von dem Grundsatz der nationalen Eigenverantwortung, für die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung wichtig sind, unter anderem durch die Digitalisierung der öffentlichen Finanzprozesse, die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Ausgaben, die Stärkung der Steuererhebung, ein solides Schuldenmanagement, die Ermächtigung des privaten Finanzsektors in Bezug auf die Entwicklung, die Bekämpfung illegaler Finanzströme, die Erhöhung der fiskalischen und schuldenbezogenen Transparenz und die Nutzung globaler und regionaler Partnerschaften, fordert die afrikanischen Länder auf, ihre Haushaltsspielräume kurzfristig erheblich zu vergrößern, indem sie unerschlossene oder unzureichend genutzte Finanzierungsquellen erschließen, und verpflichtet sich darauf, die Einführung integrierter

²⁸ Siehe Beschluss Ext/Assembly/AU/Dec.1(XI), Abschn. XI.

nationaler Finanzierungsrahmen zu unterstützen, um die Finanzierungspolitik und -strategien mit den nationalen Investitionsprioritäten, den rechtlichen Rahmen und den Strategien in den Bereichen Katastrophenrisiko und nachhaltige Entwicklung im Einklang mit der Agenda 2030, dem Sendai-Rahmen und den langfristigen Zielen des Übereinkommens von Paris in Einklang zu bringen;

36. *betont*, dass die Schuldentragfähigkeit eine wesentliche Grundlage für Wachstum ist, unterstreicht, wie wichtig die Schuldentragfähigkeit, die Schuldentransparenz und ein wirksames Schuldenmanagement für die Anstrengungen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sind, unterstreicht die Notwendigkeit, die Entwicklungsländer, einschließlich der afrikanischen Länder, auch weiterhin dabei zu unterstützen, das Auflaufen einer nicht tragfähigen Verschuldung zu vermeiden, und dabei die aus dem globalen wirtschaftlichen Umfeld und den Risiken für die Schuldentragfähigkeit einer steigenden Zahl von Entwicklungsländern erwachsenden Herausforderungen und die damit einhergehende Notwendigkeit koordinierter politischer Maßnahmen zu berücksichtigen, und anerkennt die wichtige Rolle, die im Einzelfall der Entschuldung, gegebenenfalls auch dem Schuldenerlass, und der Umschuldung als Instrumente zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Schuldenkrisen zukommt;

37. *ermutigt* die afrikanischen Länder, sich der Koalition für Schuldentragfähigkeit anzuschließen, die auf der siebenundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen gebildet wurde, wie in Resolution 2023/7 der Wirtschaftskommission für Afrika vom 21. März 2023 gefordert, um sich für einen nachhaltigeren und inklusiveren Rahmen für die Auseinandersetzung mit den Verbindungen zwischen Klimawandel und Schulden einzusetzen und Lösungen zu finden, die Resilienz aufbauen helfen;

38. *fordert* die afrikanischen Länder *auf*, ihre Anstrengungen fortzusetzen, ein günstiges innerstaatliches Umfeld zu schaffen, das die unternehmerische Initiative fördert, Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere solche, die sich im Eigentum von Frauen und jungen Menschen befinden, unterstützt, die Formalisierung der Tätigkeiten im informellen Sektor in Afrika fördert und Investitionen anzieht, und zu diesem Zweck unter anderem ein transparentes, stabiles und berechenbares Investitionsklima zu schaffen, und bittet die Entwicklungspartner Afrikas, Investitionen ihres Privatsektors in Afrika zu fördern und die Entwicklung und den Transfer von Technologien in afrikanische Länder zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen zu erleichtern;

39. *nimmt Kenntnis* von der Erklärung von Algier zur Förderung von Unternehmensneugründungen, die auf der am 5. und 6. Dezember 2022 in Algier abgehaltenen Konferenz für Unternehmensneugründungen in Afrika angenommen wurde und in der ein rascher Ausbau des Ökosystems für Unternehmensneugründungen in Afrika gefordert wurde;

40. *begrüßt* die Einberufung der achtundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, der achtzehnten als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls von Kyoto dienenden Tagung der Konferenz der Vertragsparteien und der fünften als Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris dienenden Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, die vom 30. November bis 13. Dezember 2023 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) abgehalten wurde, und fordert nachdrücklich zur Umsetzung ihrer Beschlüsse auf;

41. *begrüßt außerdem* die Einberufung des Afrikanischen Klimagipfels vom 4. bis 6. Dezember 2023 in Nairobi, nimmt Kenntnis von der Erklärung und dem Aktionsaufruf

der afrikanischen Führungsverantwortlichen von Nairobi zum Klimawandel und bekräftigt, wie wichtig die Bereitstellung von Umsetzungsmitteln für die Entwicklungsländer ist;

42. *begrüßt ferner* den vom 11. bis 15. Oktober 2021 in Kunming (China) abgehaltenen ersten Teil der fünfzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und den vom 7. bis 19. Dezember 2022 in Montreal (Kanada) abgehaltenen zweiten Teil der fünfzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens unter dem Vorsitz Chinas sowie die Ergebnisse dieser Tagung, darunter der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, fordert nachdrücklich die frühzeitige, alle einschließende und wirksame Umsetzung dieser Ergebnisse, und sieht der sechzehnten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien, die vom 21. Oktober bis 1. November 2024 in Kolumbien stattfinden wird, mit Interesse entgegen;

43. *begrüßt* die für den 22. bis 24. März 2023 einberufene Konferenz der Vereinten Nationen zur umfassenden Halbzeitüberprüfung der Verwirklichung der Ziele der Internationalen Aktionsdekade „Wasser für nachhaltige Entwicklung“ 2018-2028;

44. *stellt fest*, dass ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Quelle der Entwicklungsfinanzierung darstellen, dass sie für die Herbeiführung eines inklusiven Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen, unter anderem indem sie die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Beseitigung von Armut und Hunger fördern, und dass sie zur aktiven Teilhabe der afrikanischen Volkswirtschaften an der Weltwirtschaft beitragen und die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration erleichtern, und fordert die entwickelten Länder in dieser Hinsicht gegebenenfalls auf, in den Ursprungsländern auch weiterhin Maßnahmen zu entwickeln, die den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen fördern und erleichtern, unter anderem durch die Bereitstellung von Exportkrediten und anderen Darlehensinstrumenten, Risikogarantien und Diensten für die Unternehmensentwicklung;

45. *nimmt Kenntnis* von den Fortschritten bei der Gewährleistung des freien Personen-, Güter- und Dienstleistungsverkehrs in Afrika, begrüßt das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Einrichtung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone am 30. Mai 2019 sowie die laufenden Anstrengungen zur vollständigen Operationalisierung des Übereinkommens, einschließlich der tatsächlichen Aufnahme des Handels am 1. Januar 2021, mit dem Ziel, den innerafrikanischen Handel zu verdoppeln und so die Resilienz Afrikas, die Überwindung von COVID-19 und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu fördern;

46. *vermerkt mit Besorgnis* Afrikas unverhältnismäßig niedrigen Anteil am internationalen Handelsvolumen, weist erneut auf die Notwendigkeit hin, dass alle Länder und die zuständigen multilateralen Institutionen sich auch weiterhin um eine kohärentere Handelspolitik gegenüber den afrikanischen Ländern bemühen, und anerkennt die Wichtigkeit von Bemühungen, die afrikanischen Länder vollständig in das multilaterale Handelssystem zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Initiativen wie die Initiative für Handelshilfe „Aid for Trade“ aufzubauen sowie in Anbetracht der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der tiefgreifenden sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie Hilfe bei der Überwindung von Anpassungsproblemen im Zusammenhang mit der Handelsliberalisierung zu leisten;

47. *betont*, wie wichtig es ist, Fortschritte beim Beitritt von Entwicklungsländern zur Welthandelsorganisation zu erzielen, eingedenk des Beitrags, den der Beitritt dieser Länder zu ihrer vollständigen Integration in das multilaterale Handelssystem leisten würde, fordert in dieser Hinsicht mit Nachdruck, dass der Beitrittsprozess für afrikanische Länder, die

sich im Beitrittsprozess zur Welthandelsorganisation befinden, auf technischer und rechtlicher Grundlage und auf transparente Weise erleichtert wird, und bekräftigt die Bedeutung des Beschlusses der Organisation zum Beitritt der am wenigsten entwickelten Länder²⁹;

48. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, ihre Nahrungsmittelmärkte offen zu halten, um den internationalen Handel mit Nahrungs- und Düngemitteln aufrechtzuerhalten, und unterstreicht, wie wichtig es ist, die bestehenden und neue globale Herausforderungen zu bewältigen, unter anderem durch die Erleichterung des Agrarhandels und durch die Korrektur und Verhinderung von Handelsbeschränkungen und -verzerrungen auf den globalen Agrarmärkten, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation unvereinbar sind, wie etwa die übermäßige Bevorratung von Nahrungsmitteln, und sieht der Fortsetzung der Verhandlungen der Welthandelsorganisation über die Reform der Agrarhandelsregeln entgegen, mit dem Ziel, auf der dreizehnten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation echte Fortschritte bei der langfristigen Bewältigung dieser globalen Herausforderungen zu erzielen;

49. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den fragilen und höchst ungewissen globalen sozioökonomischen Aussichten, den fortbestehenden negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, den geopolitischen Spannungen und Konflikten, den aktuellen Mehrfachkrisen und dem erhöhten Druck auf die Bereiche Nahrungsmittel, Energie und Finanzen, von denen zahlreiche Länder überall auf der Welt betroffen sind und die ihre Fähigkeit zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen;

50. *legt* den Regierungen, den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen und anderen maßgeblichen Interessenträgern *nahe*, Investitionen in die Entwicklung nachhaltiger, verlässlicher, moderner, inklusiver und gerechter Energiesysteme zu fördern, unter anderem durch die Stärkung der Energiesysteme mittels grenzüberschreitender Netzanschlüsse, soweit angezeigt, und die Einbindung dezentraler Lösungen für erneuerbare Energie in die Energieplanung zu prüfen, soweit angebracht, und ist sich dessen bewusst, dass die Energiewende in verschiedenen Teilen der Welt unterschiedlich verlaufen wird;

51. *erklärt erneut*, dass wir den Pfad zu nachhaltiger Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen – gemeinsam und auf ausgewogene und integrierte Weise beschreiten, auch durch internationale Zusammenarbeit und Partnerschaft auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und zum vollen Nutzen aller, im Geiste globaler Solidarität und für die gemeinsame Zukunft der heutigen und der kommenden Generationen, wobei die Bedürfnisse der afrikanischen Länder und die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt stehen;

52. *begrüßt* die verschiedenen wichtigen Initiativen afrikanischer Länder und ihrer Entwicklungspartner, betont, dass sie wirksam umgesetzt werden müssen, anerkennt in dieser Hinsicht die wichtige Rolle, die die Nord-Süd-Zusammenarbeit, die Süd-Süd-Zusammenarbeit und die Dreieckskooperation bei der Unterstützung der Entwicklungsbemühungen Afrikas, einschließlich der Durchführung der Neuen Partnerschaft, spielen können, ausgehend von den ermittelten Bedürfnissen und Prioritäten afrikanischer Länder, und gleichzeitig eingedenk dessen, dass die Süd-Süd-Zusammenarbeit die Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht ersetzt, sondern vielmehr ergänzt;

53. *erklärt erneut*, wie entscheidend wichtig es nach wie vor ist, alle Zusagen in Bezug auf die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu erfüllen, einschließlich der von vielen entwickelten Ländern eingegangenen Verpflichtung, den Zielwert von 0,7 Prozent

²⁹ Beschluss WT/L/508/Add.1 vom 25. Juli 2012.

ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und von 0,15 bis 0,20 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen, ist erfreut darüber, dass einige wenige Länder ihre Verpflichtung auf den Zielwert von 0,7 Prozent für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise von 0,15 bis 0,20 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder erreicht oder übertroffen haben, und fordert alle anderen Länder nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zur Erhöhung ihrer öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zu verstärken und sich zusätzlich konkret um die Erreichung der Zielvorgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu bemühen;

54. *unterstreicht* die Notwendigkeit, auch weiterhin offene, inklusive und transparente Erörterungen über die Modernisierung der Messung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und über die vorgeschlagene Messgröße der „öffentlichen Gesamtleistung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung“ zu führen, und bekräftigt zugleich, dass eine solche Messgröße keine Verwässerung der bereits abgegebenen Zusagen bedeuten wird;

55. *ersucht* das System der Vereinten Nationen, der Neuen Partnerschaft und afrikanischen Ländern auch weiterhin Hilfe bei der Erarbeitung von Projekten und Programmen im Rahmen der Prioritäten der Neuen Partnerschaft bereitzustellen, und ersucht den Generalsekretär, sich für mehr Kohärenz bei der Unterstützung der Agenda 2063, ihres entsprechenden wegweisenden Projekts und des zweiten Zehnjahres-Umsetzungsplans durch das System der Vereinten Nationen einzusetzen, und fordert in dieser Hinsicht das System der Vereinten Nationen auf, bei allen seinen normativen und operativen Tätigkeiten den besonderen Bedürfnissen Afrikas auch weiterhin durchgängig Rechnung zu tragen;

56. *bittet* die Mitgliedstaaten und alle zuständigen Institutionen des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Fonds, Programme, Sonderorganisationen und Regionalkommissionen und insbesondere der Wirtschaftskommission für Afrika, und alle zuständigen internationalen und regionalen Organisationen, auch weiterhin zur Wirksamkeit und Verlässlichkeit des Prozesses des Überwachungsmechanismus der Vereinten Nationen beizutragen, indem sie bei der Datenerhebung und der Leistungsbewertung zusammenarbeiten, und ersucht die Präsidentschaft der Generalversammlung, einen interaktiven Mehrparteiendialog abzuhalten und dabei den Vorsitz zu führen, auf dem die wichtigsten Feststellungen und Empfehlungen erörtert werden sollen, die in dem Bericht des Generalsekretärs über die Überprüfung der Umsetzung der während der wiederaufgenommenen neunundsiebzigsten Tagung der Generalversammlung abgegebenen Zusagen zugunsten der Entwicklung Afrikas enthalten sind;

57. *beschließt*, einen Punkt „Von der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas zur Agenda 2063: Fortschritte bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika und internationale Unterstützung“ in die vorläufige Tagesordnung ihrer neunundsiebzigsten Tagung zur Prüfung und Beschlussfassung während des Hauptteils der Tagung aufzunehmen;

58. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung als Grundlage für die Erörterung dieses Tagesordnungspunkts jährlich einen umfassenden und maßnahmenorientierten Bericht, unter anderem über die Durchführung dieser Resolution, vorzulegen, der auf den von Regierungen, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderen Interessenträgern der Neuen Partnerschaft bereitgestellten Informationen gründet.

57. Plenarsitzung
26. Februar 2024